

Maximilian Voll

Sicherheit als Argument im Vergaberecht

Eine Analyse des Rechts der Vergabe verteidigungs-
und sicherheitsrelevanter öffentlicher Aufträge unter
Einbeziehung des Primärrechtsschutzes



Nomos

Schriften zum Vergaberecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Burgi,
Ludwig-Maximilians-Universität München
Prof. Dr. Hermann Pünder, LL.M. (Iowa),
Bucerius Law School Hamburg

Band 56

Maximilian Voll

Sicherheit als Argument im Vergaberecht

Eine Analyse des Rechts der Vergabe verteidigungs-
und sicherheitsrelevanter öffentlicher Aufträge unter
Einbeziehung des Primärrechtsschutzes



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Göttingen, Georg-August-Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6743-4 (Print)

ISBN 978-3-7489-0815-9 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde im Wintersemester 2018/2019 von der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen als Dissertation angenommen. Sie befand sich ursprünglich auf dem Stand Frühjahr 2015 und wurde im Herbst 2017 aktualisiert. Später erschienene Literatur und Rechtsprechung konnte jedoch noch vereinzelt berücksichtigt werden.

Mein besonderer und herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater *Prof. Dr. Thomas Mann* für die Betreuung meines Promotionsvorhabens, für die stete und unbedingte Unterstützung bei vielen wichtigen Stationen meines akademischen Werdegangs und nicht zuletzt für die wertvollen und prägenden Jahre als Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl, die ich stets in allerbesten Erinnerung behalten werde.

Bedanken möchte ich mich zudem bei Herrn *Prof. Dr. Hans Michael Heinig* für die Erstellung des Zweitgutachtens sowie bei Herrn *Prof. Dr. Martin Burgi* und Herrn *Prof. Dr. Hermann Pünder, LL.M. (Iowa)* für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe der „Schriften zum Vergaberecht“.

Zum Gelingen dieses Vorhabens haben eine ganze Reihe weiterer Personen beigetragen, die mir lieb und wichtig sind. Bedanken möchte ich mich bei *Kristina Wieben, José Antonio Ordóñez, Balint Simon, Miriam Chefref, Victoria Louise Steinwachs, Dr. Max Wilhelm Oehm, Dr. Stephan Götze*; sowie nicht zuletzt bei *Julie Anne Kofler* für Rückhalt und Unterstützung aber auch Ablenkung und viel Verständnis. Bedanken möchte ich mich auch bei *Dr. Marc Gabriel*, der den Anstoß für das Thema dieser Untersuchung gegeben hat und mir als Mentor zur Seite stand.

Mein größter Dank gilt schließlich meiner Familie und insbesondere meinen Eltern, *Norbert Voll* und *Isolde Barkhoff-Voll*, die immer hinter mir stehen und für mich da sind. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Berlin, im März 2020

Maximilian Voll

Inhaltsverzeichnis

Gesetzes- und Abkürzungsverzeichnis	17
	25
Einleitung	27
A. Problemstellung und Untersuchungsgegenstand	27
B. Stand der Wissenschaft	28
C. Gang der Untersuchung	30
Kapitel 1 Dogmatische Grundlagen und Rahmenbedingungen der Vergabe verteidigungs- und sicherheitsrelevanter Aufträge	33
A. Sicherheit als Rechtsbegriff im EU/GWB-Vergaberecht	34
I. Sicherheit als Staatsaufgabe	36
II. Sicherheitsgewährleistung im Kompetenzgefüge der Europäischen Union	40
III. Fazit	43
B. Grundlagen und Grundsätze des EU/GWB-Vergaberechts	43
I. Konzeption und europarechtliche Determination des GWB- Vergaberechts	43
II. Wirtschaftlichkeit	48
1. Ursprung im haushaltsrechtlichen Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	49
2. Wirtschaftlichkeit durch Vergaberecht	51
a) Wettbewerbliche Sonderstellung des Staates	51
b) Kompensation durch vergaberechtliche Verfahrensvorschriften	53
III. Wettbewerb	55
1. Verhältnis von Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit	56
2. Binnenmarktziel	57
IV. Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung	59
V. Transparenz des Vergabeverfahrens	61
1. Dogmatische Verortung und inhaltliche Bedeutung des Transparenzgrundsatzes	62

2. Konkretisierung im EU/GWB-Vergaberecht	64
a) Auftragsbekanntmachung	65
aa) Formale Anforderungen	66
bb) Materiell-inhaltliche Anforderungen	68
aaa) Eignungsnachweise	68
bbb) Auftragsgegenstand	71
cc) Hierarchie der Vergabeverfahrensarten	73
b) Vorinformation	74
c) Vergabeunterlagen	75
aa) Auftragsgegenstand/Leistungsbeschreibung	76
bb) Zuschlags- und Wertungskriterien	78
cc) Zugang (Publizität)	79
VI. Vergaberechtsschutz	81
1. Funktion des Primärrechtsschutzes im EU/GWB-Vergaberecht	81
2. Vergabeverfahrensvorgaben als subjektive Bieterrechte im GWB-Vergaberecht	84
3. Nachprüfbarkeit des Vergabeverfahrens – Ex-Post Transparenz	89
a) Vergabeverfahren und Dokumentation	92
b) Vergabeentscheidung	93
aa) Spezifika des GWB-vergaberrechtlichen Primärrechtsschutzsystems	94
bb) Vergabeentscheidung und effektiver Vergaberechtsschutz	96
cc) Informationspflicht und Warte-/Stillhaltefrist im GWB-Vergaberecht	99
C. Geheim- und Sabotageschutz bei öffentlichen Aufträgen	101
I. Sinn und Zweck des Geheim- und Sicherheitsüberprüfungsrechts	104
1. Geheimschutz	104
2. Sabotageschutz	105
II. Grundzüge des Geheim- und Sabotageschutzes	106
1. Sicherheitsüberprüfung	106
a) Zuständigkeit	107
b) Verfahren	108
2. Sicherheitsempfindliche Tätigkeit	110
a) Sicherheitsempfindliche Tätigkeit aus Gründen des Geheim- schutzes	110
aa) Verschlussache	111

bb) Geheimhaltungsgrade	112
b) Sicherheitsempfindliche Tätigkeit aus Gründen des Sabotageschutzes	114
III. Geheim- und Sabotageschutz in der Wirtschaft	116
1. Geheimschutz	117
a) Rechtlicher Rahmen (Geheimschutzhandbuch des BMWi)	118
b) Geheimschutzverfahren des BMWi (Sicherheitsbescheid)	119
aa) Voraussetzungen für die Durchführung eines Geheimschutzverfahrens	119
bb) Gegenstand des Geheimschutzverfahrens und Erlass eines Sicherheitsbescheides	120
c) Verschlussachen-Ermächtigung (VS-Ermächtigung)	123
2. Sabotageschutz	125
3. Behandlung von Wirtschaftsteilnehmern aus anderen Staaten	126
D. Ergebnis	127
Kapitel 2 Vergaberechtsrelevante Besonderheiten verteidigungs- und sicherheitsrelevanter Aufträge	131
A. Privilegierung im allgemeinen Vergaberecht	138
I. Ausnahmetatbestände im allgemeinen EU-Vergaberecht	139
1. Anwendung durch den EuGH	142
a) C-324/93 – „ <i>Evans Medical</i> “	143
b) C-252/01 – „ <i>Kommission/Belgien – Küstenbeobachtung</i> “	144
c) C-337/05 und C-157/06 – „ <i>Kommission/Italien – Agusta Hubschrauber I und II</i> “	147
d) Analyse	150
2. Rechtsfolgen von Ausnahmetatbeständen der Vergaberichtlinien	151
II. Umsetzung im GWB-Vergaberecht	156
1. Historische Entwicklung	156
2. Bedeutung und rechtliche Qualität	160
III. Die ausgenommenen Auftragsarten	162
1. Geltung des Verhältnismäßigkeitsprinzips	163
2. Für geheim erklärte Aufträge	168
a) Rechtsgrundlagen der Geheimerklärung	169

b) Gegenstand und notwendige Reichweite der Geheimhaltung	170
c) Beurteilungsspielraum des öffentlichen Auftraggebers	174
d) Rückgriff auf eine nicht offene Verfahrensart als milderes Mittel?	175
aa) Konstellation 1: Die Vergabeunterlagen wären geheimhaltungsbedürftig	176
aaa) Sicherheitsbescheid als Mindestanforderung an die Eignung unzulässig	177
bbb) Nichtdiskriminierende Gestaltungsoption widerspricht dem Willen des Gesetzgebers	179
bb) Konstellation 2: Die Auftragsbekanntmachung wäre geheimhaltungsbedürftig	181
cc) Zwischenergebnis	183
3. Aufträge, deren Ausführung besondere Sicherheitsmaßnahmen erfordert	183
4. Schutz wesentlicher Sicherheitsinteressen	187
B. Die Ausnahmegvorschrift des Art. 346 AEUV im Vergaberecht	190
I. Regelungsqualität	193
II. Wesentliche Sicherheitsinteressen	197
III. Auskunftverweigerung nach lit. a)	200
IV. Maßnahmen nach lit. b)	201
V. Verhältnismäßigkeit und Nachweisanforderungen	205
VI. Übernahme im GWB-Vergaberecht	207
C. Keine subsidiäre Anwendbarkeit des Haushaltsvergaberichts	207
D. Ergebnis	209

Kapitel 3 Das Sondervergaberecht für verteidigungs- und sicherheitsrelevante öffentliche Aufträge	211
A. Genese	212
B. Wesensmerkmale des Sondervergaberechts	216
I. Flexibilität	218
1. Berücksichtigung in der VSVKR	220
a) Hierarchie und Anwendungsvoraussetzungen der Vergabeverfahrensarten	220
b) Rahmenvereinbarungen	222
c) Ausschluss eines Wirtschaftsteilnehmers mangels Vertrauenswürdigkeit	223
2. Zusammenfassende Bewertung	225
II. Versorgungssicherheit	231
1. Berücksichtigung in der VSVKR	231
2. Bewertung	233
III. Schutz von Verschlusssachen (Informationssicherheit)	234
1. Berücksichtigung in der VSVKR	235
a) Vergabeverfahrensarten	236
b) Geheimschutzauflagen und Eignungsanforderungen	236
c) Verfahrensausschluss	238
2. Anforderungen an den Schutz von Verschlusssachen durch Unternehmen im GWB-Vergaberecht	239
a) Mindestanforderung an die persönliche Eignung	240
b) Gewährung zusätzlicher Zeit zur Erfüllung von Geheimschutzanforderungen	241
c) Nachweisanforderungen	242
aa) Erklärungen über das Bestehen eines Sicherheitsbescheides	242
bb) Verpflichtungserklärung über die Geheimhaltung und den Schutz von Verschlusssachen	243
d) Voraussetzungen für einen Verschlusssachenzugang während des Vergabeverfahrens	244
aa) Zugang für einzelne Mitarbeiter i.S.v. § 7 Abs. 3 S. 2 VSVgV	245
bb) Gewährung zusätzlicher Zeit	247
cc) Parameter der Ermessensausübung	248
dd) Lösungsvorschlag zur Vermeidung von Verfahrensverzögerungen	251

e) Keine Geltung von § 7 VSVgV für Dritte	252
f) Teilnahmemöglichkeiten für Unternehmen aus anderen EU-Mitgliedstaaten	254
IV. Vergabe von Unteraufträgen und Eignungsleihe	255
1. Sinn und Zweck der obligatorischen/wettbewerblichen Unterauftragsvergabe	256
2. Verpflichtung zur Unterauftragsvergabe	260
3. Durchführung eines wettbewerblichen Verfahrens zur Auswahl eines Unterauftragnehmers	262
a) Anwendungsbereich	262
b) Verfahrensvorgaben	263
4. Zeitpunkt der obligatorischen Unterauftragsvergabe und der Unterauftragsvergabe im wettbewerblichen Verfahren	264
5. Eignungsleihe	266
C. Ergebnis	269
 Kapitel 4 Sachliche Rechtfertigung für die Anwendung des Sondervergaberechts (Anwendungsbereich)	 273
A. Vorgaben für den sachlichen Anwendungsbereich durch die VSVKR	274
I. Militärausrüstung, Bau- und Dienstleistungsaufträge für militärische Zwecke	274
II. Sensible Ausrüstung, sensible Bauleistungen und sensible Dienstleistungen	276
III. Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Lieferung militärischer und sensibler Ausrüstung	279
B. Anwendungsbereich im nationalen Recht (insbesondere Verschlussachenaufträge)	280
I. Zusammenhang von Geheimschutz und Auftragsvergabe	281
1. Verwendung von Verschlussachen	282
2. Erforderlichkeit von Verschlussachen	285
3. Beinhalten von Verschlussachen	285
II. Einbeziehung von VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH	287
III. Vergleichbarkeit mit militärischen Aufträgen	289
IV. Teilweise verteidigungs- und sicherheitsspezifische Aufträge	292
C. Personeller Anwendungsbereich	297

D. Schwellenwerte	298
E. Ausnahmen für verteidigungs- und sicherheitsspezifische Aufträge	299
I. Ausnahmetatbestände des Sondervergaberechts	300
1. Finanzdienstleistungen	300
2. Nachrichtendienstliche Tätigkeiten	301
3. Auftragsvergaben im Rahmen von Kooperationsprogrammen	302
4. Aufträge zwischen Regierungen	304
5. Aufträge im Rahmen von Auslandseinsätzen	308
II. Anwendung von Art. 346 AEUV nach Umsetzung der VSVKR	308
F. Ergebnis	312
Kapitel 5 Sicherheitsrelevante Aufträge außerhalb des Sondervergaberechts	315
A. Verbleibender Anwendungsbereich der Geheim- und Sicherheitsausnahmen des allgemeinen GWB-Vergaberechts	315
B. Sicherheitsgewährleistende Maßnahmen in Vergabeverfahren	317
Kapitel 6 Rechtsschutz bei der Vergabe verteidigungs- und sicherheitsrelevanter Aufträge	323
A. Besonderheiten des vergaberechtlichen Primärrechtsschutzes im Zusammenhang mit verteidigungs- und sicherheitsrelevanten öffentlichen Aufträgen	324
I. Geheimhaltung von Verschlusssachen	325
1. Vorgaben der VSVKR	326
2. GWB-Vergaberecht	326
a) Gewährleistung der Vertraulichkeit durch die Vergabenachprüfungsinstanzen	327
aa) Keine Sonderzuständigkeit eines speziellen Spruchkörpers	328
bb) Ausnahmsweise besondere Besetzung	330
cc) Pflicht zur Geheimhaltung	331
b) Vereinbarkeit von Akteneinsichtsrechten und Geheimhaltungsinteressen	332
aa) Akteneinsichtsrecht im Vergabenachprüfungsverfahren	333

bb) Versagung der Akteneinsicht aus Gründen des Geheimnisses	339
cc) Voraussetzungen für die Einsicht in geheimhaltungsbedürftige Vergabeakten	343
c) Akteneinsichtsmöglichkeiten von Verfahrensbevollmächtigten	344
aa) Während des Vergabenachprüfungsverfahrens	344
bb) Im Vorfeld eines Vergabenachprüfungsverfahrens	347
II. Aufrechterhaltung vergaberechtswidrig geschlossener Verträge	349
III. Sicherheitsaspekte im vorläufigen Vergaberechtsschutz	350
1. Vorgaben der VSVKR	350
2. GWB-Vergaberecht	351
a) Zuschlagsverbot	351
b) Eilrechtsschutzverfahren	352
c) Entfall des Zuschlagsverbotes nach § 169 Abs. 4 GWB	354
B. Geheimchutz- und Sicherheitsüberprüfungsrecht als Gegenstand eines Vergabenachprüfungsverfahrens	358
I. Gegenstand des Vergabenachprüfungsverfahrens	358
II. Einzelne Verfahrensgegenstände	361
1. Verschlussachenklassifikation	361
2. Versagung und Entzug von VS-Ermächtigungen	362
3. Versagung eines Sicherheitsbescheides	364
III. Prüfungsumfang der Vergabenachprüfungsinstanzen	364
C. Ergebnis	365
Kapitel 7 Thesenförmige Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	369
Literaturverzeichnis	377

Gesetzes- und Abkürzungsverzeichnis

Gesetze und Verordnungen

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.05.2008 (ABl.EG v. 09.05.2008, C 115/47), zuletzt geändert durch Art. 2 ÄndBeschl. 2012/419/EU vom 11.07.2012 (ABl.EU v. 11.07.2012, L 204/131)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2911) geändert worden ist
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon vom 13.12.2007 (ABl.EG 2007 C 306/1, ber. ABl.EG 2008 C 111/56, ABl.EU 2009 C 290/1, ABl.EU 2011 C 378/3), zuletzt geändert durch Art. 13, 14 Abs. 1 EU-Beitrittsakte 2013 vom 09.12.2011 (ABl.EU 2012 L 112/21)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100–1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.11.2019 (BGBl. 2019 I S. 1546)
GO EP	Geschäftsordnung Europäisches Parlament, v. 01.03.2011, ABl.EU 2011, L 116/1, zuletzt geändert durch ÄndB 2013/C 264 E/18 v. 22.05.2012 (ABl.EU 2013, C 264/98)
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist
HGrG	Haushaltsgrundsatzgesetz vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122) geändert worden ist
Richtlinie 2009/43/EG	Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 06.05.2009 zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern (ABl.EG v. 06.05.2009 Nr. L 146, S. 1.)
Richtlinie 89/665/EWG	Richtlinie des Rates vom 21.12.1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der

	Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge (ABL.EG v. 30.12.1989, L 395/33)
Richtlinie 2007/66/EG	Richtlinie 2007/66/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.12.2007 zur Änderung der Richtlinien 89/665/EWG und 92/13/EWG des Rates im Hinblick auf die Verbesserung der Wirksamkeit der Nachprüfungsverfahren bezüglich der Vergabe öffentlicher Aufträge 8ABL.EG v. 20.12.2007, L 335/31)
SektVO	Sektorenverordnung vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624, 657), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (BGBl. I S. 1117) geändert worden ist
SKR	Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (ABL.EG v. 30.04.2004, L 134, S. 1)
SÜFV	"Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. September 2007 (BGBl. I S. 2294), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1822) geändert worden ist
SÜG	Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) geändert worden ist
VgRÄG	Gesetz zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergaberechtsänderungsgesetz – VgRÄG) vom 26. August 1998 (BGBl. I S. 2512)
VgV	Vergabeverordnung vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Juli 2019 (BGBl. I S. 1081) geändert worden ist
VKR	Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (ABL.EG v. 30.04.2004, L 134, S. 114)
VOB/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A) Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen, Ausgabe 2019 (BANz AT 19.02.2019 B2, 3
VOF	Vergabeordnung für freiberufliche Dienstleistungen (VOF) vom 18. November 2009 (BANz. Nr. 185a)
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) – Teil A – Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen (VOL/A) vom 20. November 2009 (BANz. Nr. 196a, ber.

	2010 S. 755), zuletzt geändert durch Unterschwellenvergabeordnung vom 2.2.2017 (BAnz AT 07.02.2017 B1)
VSVgV	Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit vom 12. Juli 2012 (BGBl. I S. 1509), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 12. Juli 2019 (BGBl. I S. 1081) geändert worden ist
VSVKR	Richtlinie 2009/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe bestimmter Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit und zur Änderung der Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG (ABl.EU v. 20.08.2009, L 216, S. 76)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), die zuletzt durch Artikel 56 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2652) geändert worden ist
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 25 des Gesetzes vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846) geändert worden ist

Sonstige Abkürzungen

a.A.	andere Ansicht
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
ACPP	Advisory Committee on Public Procurement
AöR	Archiv öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BAAINBw	Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr
BauR	Baurecht
BB	Betriebsberater
BB	Betriebsberater
Bd.	Band
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BHO	Bundshaushaltsordnung
BMI	Bundesministerium des Innern
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMWi	Bundesministerium der Wirtschaft und Energie
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsauf- gaben
BReg	Bundesregierung
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
Bzw.	beziehungsweise
DB	Der Betrieb
Ders.	Derselbe

Dies	Dieselbe
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E.L.Rev	European Law Review
EG	Europäische Gemeinschaften
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
etc.	und so weiter
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f./ff.	folgende Seite(n)
FMS	Foreign Military Sales
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt/Generalanwältin beim EuGH
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GewArch	Gewerbearchiv
GHB	Geheimhaltungshandbuch
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gedächtnisschrift
Hdb.	Handbuch
Hrsg.	Herausgeber
HS.	Halbsatz
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IBR	Immobilien- und Baurecht
inkl.	inklusive
JuS	Juristische Schulung

Gesetzes- und Abkürzungsverzeichnis

JZ	Juristenzeitung
KommJur	Der Kommunaljurist
LHO	Landeshaushaltsordnung
lit.	littera (Buchstabe)
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
OLG	Oberlandesgericht
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OVG	Oberverwaltungsgericht
P.P.L.R.	Public Procurement Law Review
RFSR	Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
Slg.	Sammlung (der Rechtsprechung des EuGH)
sog.	so genannte(r)
SÜR	Sicherheitsüberprüfungsrecht
u.	und
u.a.	unter anderem
u.U.	unter Umständen
UAbs.	Unterabsatz
Urt.	Urteil
Verf.	Verfasser
VergabeR	Vergaberecht
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VK	Vergabekammer
VO	Verordnung

VPR	Vergabep Praxis und -recht
VSA	Verschlussachenanweisung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z.B.	zum Beispiel
ZfBR	Zeitschrift für internationales Bau- und Vergaberecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

„Nach unserer Überzeugung ist kein menschliches Kollektiv so unfehlbar oder so allwissend, daß seine Tätigkeit nicht ständiger Nachprüfung und Kritik ausgesetzt zu sein brauchte. [...] Wir wissen, daß jede Art der Geheimhaltung Korruption im Gefolge hat. Und wir wissen auch, daß in einer Geheimatmosphäre ein unberechtigter Irrtum weiterwuchert und -schwelt.“¹

¹ *Julius Robert Oppenheimer*, Atomkraft und menschliche Freiheit, Hamburg 1957, S. 74.

